

3 «Verzicht auf Verzicht» bei Einbürgerungen
Motion über doppelte Staatsbürgerschaft im September im Landtag.

11 Dividende steigt auf 2 Franken pro Aktie
LLB-Aktionäre stimmen allen Anträgen an Generalversammlung zu.

14 Vaduz mit 2:2 gegen Wil Devic und Mathys trafen
Dank viel Moral zum Punktgewinn

ANZEIGE

buskers
STRASSENKUNST FESTIVAL
2. & 3. Juni 2018 in Vaduz
www.buskers.li

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Freitag, 11. Mai 2018
141. Jahrgang Nr. 91

Heute

Hawaii
Sorge vor Vulkan

Der Vulkan Kilauea auf Hawaii könnte Forschern zufolge bald so heftig ausbrechen wie seit fast einem Jahrhundert nicht mehr. In Erwartung eines möglichen Ausbruchs bleibt der Nationalpark heute geschlossen.

Inland 165 Neueintritte im Jahr 2017: Informativ und speditiv war sie, die gut besuchte Mitgliederversammlung des Liechtensteiner Seniorenbundes (LSB), im Kleinen SAL-Saal. **Seite 7**

Inland Die Regierung hat den Verkehrsdienstbericht 2019 bis 2021 zuhänden des Landtags verabschiedet. In dem steht: LIEmobil soll 2019 bis 2021, wie schon 2016–2018 14,5 Millionen Franken Landesbeitrag erhalten. **Seite 9**

Sport Läuft es an den letzten drei Spieltagen in der Gruppe 3 schlecht, wird kommende Saison kein Team aus Liechtenstein in der 1. Liga spielen. Auswirkungen hätte ein Abstieg des USV Eschen/Mauren und des FC Balzers auch auf die Nationalmannschaft – 17 Team-Akteure spielen bei den beiden Erstligisten. **Seite 13**

Zitat des Tages



«Wir werden es dem Iran nicht erlauben, sich militärisch in Syrien zu etablieren.»

BENJAMIN NETANJAHU
ISRAELS REGIERUNGSCHEF **SEITE 10**

Wetter Quellwolken und Sonne, später einzelne lokale Schauer. **Seite 22** 10° 22°

Inhalt

Inland 2–9 **Kultur** 21
Ausland 10 **Kino/Wetter** 22
Wirtschaft 11+12 **TV** 23
Sport 13–18 **Panorama** 24

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz



LLS nach Bendern: Regierung strebt Kooperation mit Medicnova an

Szenario Soll das Landesspital nach Bendern zügeln, um mit der Medicnova in Form eines Belegarztmodells zu kooperieren? Dieses Szenario wäre laut einer Studie aufgrund der jetzigen Konkurrenzsituation das sinnvollste.

VON DORIS QUADERER

An einer Medienkonferenz am Mittwoch hat Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini neben einer umfassenden Übersicht über das Gesundheitswesen eine ausführliche Antwort auf eine im letzten August eingereichte Interpellation zur Spitalstrategie vorgestellt. Bezüglich der Ausrichtung des Landesspitals kommt das Ministerium zum Schluss, dass die bisherige Unternehmensstrategie beizubehalten ist. Diese beinhaltet die Grundversorgung mit innerer Medizin, Notfallstation und Chirurgie. Ergänzt werden soll die aktuelle Strategie durch die sich in Entwicklung befindlichen zukünftigen Schwerpunktthemen Akutgeriatrie, Frauenmedizin und Spezialsprechstunden. Fundamental sei dabei die Kooperation mit einem Zentrumsspital. Hier habe sich die Kooperation mit dem Kantonsspital Graubünden bestens bewährt. Laut Mauro Pedrazzini macht es wenig Sinn, diese Strategie über Bord zu werfen oder das Angebot am Landesspital zu reduzieren, nur weil mit der Medicnova ein neuer Anbieter am Platz ist: «Mit einer blossen Nischenstrategie wäre das Landesspital auf Dauer nicht lebensfähig. Abgesehen davon, dass dies ökonomisch und personaltechnisch nicht sinnvoll wäre, macht es auch medizinisch keinen Sinn, nur ein lückenhaftes Rumpfanbot zur Verfügung zu stellen», heisst es in der Interpellationsantwort. So brauche es beispielsweise eine Chirurgie und eine Innere Medizin, um eine Akutgeriatrie (Behandlung akut erkrankter betagter Menschen) sinnvoll betreiben zu können, führte Pedrazzini aus.

Allerdings ist dem Gesundheitsminister klar, dass sich durch den Markteintritt von Medicnova die finanzielle



Überraschend auch für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini und seinen Generalsekretär Sandro D'Elia: Das Gebäude der Medicnova wäre gross genug, um das komplette Landesspital unterbringen zu können. (Foto: ikr)

Situation beim Landesspital drastisch verändert hat. Die Fallzahlen sind im vergangenen Jahr stark eingebrochen. Durch die aktuelle Konkurrenzsituation im Inland stünden beide Spitäler vor grossen Herausforderungen, um nachhaltig kostendeckend wirtschaften zu können. Ausserdem sieht Pedrazzini gewisse Risiken bezüglich der Entwicklung der Gesundheitskosten und der Qualitätssicherung. Und auch die Infrastruktur des Landesspitals sei in die Jahre gekommen, dort stünden grössere Investitionen an.

Studie zeigt verschiedene Szenarien

Um Wege aus der verfahrenen Situation zu finden, heuerte der Gesundheitsminister mit PwC ein neutrales Beratungsunternehmen an, das eine

Studie mit verschiedenen Szenarien ausarbeitete. Die Studie kommt zum Schluss, dass es am sinnvollsten wäre, den Betrieb des Landesspitals in die Immobilie nach Bendern zu verlegen und dort ambulante sowie stationäre Leistungen anzubieten. Die Medicnova könnte als Belegarztgesellschaft für das Landesspital tätig sein und damit ihre Leistungen weiterhin am Standort in Bendern anbieten. Ebenfalls prüfenswert wäre laut Studie eine komplette Übernahme der Medicnova durch das Landesspital oder ein Joint Venture zwischen den beiden Spitalern. In allen drei Szenarien würde jedoch der Standort Vaduz aufgegeben. Als deutlich weniger attraktiv wird das Beibehalten des Status quo beschrieben: Falls es je-

doch nicht zu einer Einigung mit der Medicnova kommen sollte, würde dieses Szenario automatisch die Alternative darstellen, heisst es im Bericht.

In einer Stellungnahme zur Studie äusserte sich die Medicnova-Führung nicht sehr glücklich über diese Szenarien, zeigte sich aber Gesprächsbereit und offen für Alternativen. Wenig Freude bekundete auch die Gemeinde Vaduz: Als Standortgemeinde macht sie sich für den Verbleib des Landesspitals in Vaduz stark und stellte gar einen wesentlichen Investitionskostenbeitrag an einem allfälligen Um- oder Neubau in Aussicht. Was der Landtag von den Szenarien hält, wird sich in der Juni-Session zeigen. **Seite 5**

Verpflichtung erfüllt Regierung hat Steuergesetz angepasst

VADUZ Die Regierung hat den Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Steuergesetzes verabschiedet. Anlass für die Gesetzesänderung bildet die Überprüfung des liechtensteinischen Steuergesetzes durch die EU im Rahmen einer Prüfung der steuerlichen Gesetzgebung zahlreicher Staaten im Hinblick auf Steuertransparenz, faire Besteuerung von Unternehmen und Umsetzung der BEPS-Mindeststandards, wie die Regierung mitteilte. Die liechtensteinische Steuergesetzgebung wurde bis auf wenige Ausnahmen als mit den EU-Kriterien konform beurteilt. Beim liechtensteinischen Steuergesetz wurde als schädlich beurteilt, dass bei den Bestimmungen bezüglich der Steuerbefreiung von Gewinnanteilen bzw. Kapitalgewinnen aufgrund von Beteiligungen an juristischen Personen und bezüglich dem Eigenkapital-

zinsabzug spezifische Anti-Missbrauchsbestimmungen fehlen. Ebenso wurde die asymmetrische Behandlung von Kapitalgewinnen und -verlusten aus Beteiligungen bemängelt. Die gegenständliche Vorlage sieht die Aufnahme von entsprechenden Anti-Missbrauchsbestimmungen vor und dass Kapitalverluste aus Beteiligungen nicht mehr als Aufwand geltend gemacht werden können. Liechtenstein hat sich gegenüber der EU verpflichtet, die Mängel bis Ende 2018 zu beheben. Zudem haben rund 50 andere Staaten, bei denen Defizite festgestellt worden sind, entsprechende politische Zusagen gemacht. Der Landtag wird die Vorlage voraussichtlich im Juni-Landtag in erster Lesung und nach der Sommerpause in zweiter Lesung behandeln, sodass eine Inkraftsetzung auf 1. Januar 2019 erfolgen kann. (ikr/red)

Zonenplan in Eschen Viele Einsprachen gegen Totalrevision

ESCHEN Am Mittwoch ist die Frist zur Einreichung von Einsprachen zur Totalrevision Nutzungsplanung (Zonenplan und Bauordnung) der Gemeinde Eschen abgelaufen. Zuvor hatten sich mehrere Leserbriefschreiber kritisch darüber geäussert. Wie Vorsteher Günther Kranz auf «Volksblatt»-Anfrage sagt, seien «viele Einsprachen» eingegangen. Dabei standen vor allem die Themen Neueinzonungen, Landschaftsschutzzone und Planungspflichten im Fokus. «Die Gemeinde hat zu diesem wichtigen Thema mit zahlreichen Einsprachen gerechnet», so Kranz. «Diese werden in nächster Zeit gesichtet, thematisch geordnet und danach in der Ortsplanungskommission behandelt. Als erste Instanz entscheidet darüber dann der Gemeinderat.» (hm)

Katalonien Puigdemont kandidiert nicht mehr

BARCELONA Der von der spanischen Justiz gesuchte katalanische Separatistenführer Carles Puigdemont hat auf seine erneute Kandidatur als Regionalpräsident verzichtet. (dpa)

ANZEIGE

SUBWAY
All you can eat
CHF 18.90
So viele Subs wie du magst,
ein Getränk und ein Cookie.
Montag und Freitag ab 14 Uhr
Subway® ist eine eingetragene Marke von Subway IP Inc. ©2017 Subway IP Inc.